

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1923**

24 (26.2.1923)



Ersteinst  
Montag, Mittwoch und  
Freitag.

Bezugs-Preis:  
Durch die Post bezogen und durch  
den Briefträger u. andere Aussträger  
ohne Bestellgeld  
monatlich 1.500.— Mk.  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu  
entrichten.

In Fällen von höherem Gewalt be-  
steht kein Anspruch auf Lieferung der  
Zeitung oder auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.

Geschäftszeit 10-5 Uhr, Sonntags  
geschlossen.

Verensprechungsblatt Nr. 11.

Postfach-Nr. 6908.  
Karlstraße Nr. 6908.

# Der Landbote

Sinsheimer Zeitung



General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:  
Anzeigen: Die 42 mm breite  
Millimeter-Zeile 40.— Mk.  
Reklamen: Die 87 mm breite  
Millimeter-Zeile 120.— Mk.  
Anzeigen mit Deckadresse oder  
Auskunft 120.— Mark Sonderver-  
gütung. Alle Preise freibleibend.  
Grundschrift im Anzeigen- und  
Leitartikel ist Fett.  
Bei Wiederholungen (erstfester  
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-  
halb 8 Tagen nach Rechnungs-  
datum oder bei gerichtlicher Be-  
treibung und bei Konkurs erlischt.  
Nachdrucke werden nicht an-  
erkannt und für Aufnahmen an  
bestimmten Tagen sowie für tele-  
fonische Aufträge keine Gewähr  
übernehmen.  
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr  
vormittags; größere Anzeigen wollen  
am Tage vorher aufgegeben werden

Nr. 24.

Montag, den 26. Februar 1923.

84. Jahrgang

## Das Wichtigste.

Die Besatzungsbehörde hat beschlossen, die Deutschen vollständig durch französische und belgische Zollbeamte zu ersetzen.

Der Reichskohlenkommissar teilt mit, daß die Kohlenversorgung Deutschlands von der Gefahr eines Erlahmens nicht bedroht ist.

Die Franzosen haben die Stadtverordneten-Versammlung in Bochum gesprengt. Der Oberbürgermeister, vier Stadträte und 18 Stadtverordnete wurden verhaftet. Die Gewerkschaften beraten über einen Generalstreik.

Die Vereine im besetzten Gebiet werden durch Verordnung des Generals Degoutte unter militärischer Aufsicht gestellt.

## Rettung für das Memel-Land.

Von Gottlob Engelhaaf.

Die Nachricht, daß die Vorkonferenz am 16. Februar das Memel-Land dem Staat Litauen zugesprochen hat, wird selbst in diesen Tagen, wo aller Blicke unsern Brüdern an Rhein und Ruhr zugekehrt sind, in Deutschland helle Empörung wecken. Es war schon eine teuflische Rechnung und schmachvolle Gewalttat, daß der Friede von Versailles diesen Landstreifen mit 140 000 Bewohnern, der seit der Eroberung durch den deutschen Orden, also seit 700 Jahren, zu Ostpreußen gehört, von dieser Provinz losriß. Der Zweck war, Deutschland selbst für den Fall, daß die Nachbarstaaten zu Rußland zurückkehren, von jeder wirtschaftlichen und militärischen Verbindung mit Rußland abzuschneiden und so ein Zusammenwirken beider Völker zu unterbinden, die vor dem Weltkrieg durch die unheilvollen und phantastischen panslawistischen Wühler in Gegenseitigkeit zu einander geraten waren, aber seit der erneuten Errichtung des polnischen Staats durch die wichtigsten Interessen verknüpft sind. Man hat vor vier Jahren dem Memel-Land so wenig eine Volksabstimmung gewährt wie Danzig oder dem Saarland oder Eupen und Malmedy, aus dem einfachen Grund, weil man zum voraus wußte, daß diese Abstimmung den ganzen Plan vereitelt hätte. Im Memel-Land wohnen Deutsche und (in der Mehrzahl) Litauer; aber die Litauer sind evangelisch wie die Majuren und wie sie die besten deutschen und preußischen Patrioten. Niemals hat unter ihnen eine separatistische, auf Loslösung von Preußen und Deutschland ausgehende Bewegung namhaften Anhang gefunden; die Abgeordneten des Landes zum Reichstag traten stets einer deutschen Partei bei, Wolke der von 1871 bis zu seinem Tod den Wahlkreis Memel-Hendekrug vertrat, den Konservativen, Kommerzienrat Schwabach den Nationalliberalen. Hätte eine Abstimmung stattgefunden, so würde sie eine ganz überwältigende Mehrheit für Preußen und Deutschland ergeben haben; aber Menschen- und Volksrechte führten unsere verlogenen Gegner ja nur im Munde; betätigt wurden sie nur, wo es gegen deutsche Interessen lief, niemals für sie.

Kann nun nichts für Memel-Land geschehen? Das Land selbst ist von den Litauern überfallen und geknebelt; das Ministerium Cuno könnte unseres Erachtens alsbald eine feierliche Einsprache an die gesamte Welt gegen die erneute Mißachtung des Volkswillens richten, die hier durchgedrückt werden soll. Der Friede von Versailles ist nach dem Urteil aller sachkundigen Männer in ganz Europa, bis nach Frankreich hinein, als ruchlos, als allgemein verwerflich, als undurchführbar erkannt. Er ist von Frankreich selbst durch den ungeheuerlichen, rechts-widrigen Einmarsch ins Ruhrgebiet in Stücke zerlegt worden, und bindet streng genommen niemand mehr. Der italienische Staatsmann Nitte hat ihm in seinem auch ins Deutsche über- setzten Buch „Der Niedergang Europas“ vor aller Welt den Prozeß gemacht, und die Basler Nachrichten schrieben schon am 14. Januar, daß Frankreich (das auch für Memel-Land der böse Dämon und treulose Treuhänder war) seit vier Jahren ein ungeheures Kapital von Sympathien vollständig verwir- schet habe. Wenn das Kabinett Cuno von jeder der Mächte einzeln und allen insgesamt mit Nachdruck verlangt, daß eine Volksabstimmung in Memel-Land stattfinden müsse, so sollte man meinen, daß ein solches Verlangen einfacher Gerechtigkeit wenigstens in England und Italien, ein Echo in Frank- reich und Belgien wenigstens bei den Royalisten, wecken müßte. Man könnte vielleicht auch betonen, daß die Rechte der Deutschen in deren Land und die Konfession aller seiner Einwohner durch die Einverleibung in Litauen nach dem, was wir in Polen und der Tschechoslowakei tagtäglich erleben, aufs schwerste gefährdet würden; alle „Sicherungen“, alle Verheißungen für die Minoritäten sind dort ja restlos mit Füßen getreten worden. Der deutsche Reichstag könnte sofort zusammenzutreten und den Schritt der Regierung durch einen Appell an alle Parla- mente, die sich als Vertreter demokratischer und humanitärer Grundsätze ansehen, nachdrücklich unterstützen. Cuno der stets die letzten und wirksamsten Worte zu finden weiß, der unser aller vollstes Vertrauen hat, wäre ganz der Mann, die Sache des schwer bedrohten Landes erfolgreich zu führen. Bist du der Erfolg doch aus, so ist für später, für die Stunde der großen Abrechnung, für den Sieg der immanenten Gerechtigkeit, wie Gambetta sagt, wirksam vorgeföhrt. Aber Elke tut Not!

## Danken über Frankreichs Politik.

Prof. Hermann Deeken, den die Universität Heidelberg in kurzer Zeit an München verliert, sprach gestern Abend im Auditorium maximum des alten Kollegienhauses über „die deutsche Politik Napoleons III. von 1865 bis 1870“ unter Zugrundelegung von bisher unbemerkten.

Prof. Deeken erklärte in seinen einleitenden Worten, daß das, was er heute zu sagen habe, eigentlich noch nicht für die breite Öffentlichkeit, sondern mehr für einen internen Kreis

bestimmt sei, weil die Studien der umfangreichen Arbeiten noch lange nicht abgeschlossen sind. Dies benutzte auch den Vortragenden zu dem Wunsch an die Presse, diese Angelegenheit vorerst noch diskret zu behandeln, bis es möglich ist, das Material, das verschiedenen in- und ausländischen Archiven ent- stammt, vollständig der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Prof. Deeken erklärte, daß das Verständnis für den Krieg 1914 erst vollkommen reifen werde, wenn man die Vorgeschichte des Krieges von 1870/71 kenne. Der Anlaß des Krieges 1870 sei nicht etwa, wie Viele glauben, die spanische Thronfolgefrage gewesen, sondern die eigentlichen Ursachen lagen viel tiefer. Frankreichs Wunsch sei schon unter dem dritten Napoleon gewesen, die Einheit Deutschlands zu verhindern, um leichtes Spiel für Interventionen zu haben. Der deutsche Bund, der von 1815 bis 1866 bestand war gewissermaßen eine Barriere, die gegenüber Frankreich Deckung bot. Es kam Napoleon darauf an, einen Dualismus in Deutschland zu schaffen, und zwar tat er es dadurch, daß er, den Gegensatz zwischen Oester- reich und Preußen verschärfte. Er trieb 1866 diese beiden Staaten in den Krieg, indem er hinter den Kulissen als Antreiber wirkte, Preußen die Italiener als Bundesgenossen zuführte, in der Hoffnung daß letzten Endes Oesterreich deno- ch siegen werde. Die Kräfte des Krieges machte allerdings eine französische Intervention unmöglich, und der Sieg der Preußen bei Sadova brachte die Pläne Napoleons zum Scheitern. Diese Pläne bestanden darin, einen rheinischen Puffer- staat zu schaffen, eine Idee die die französische Politik immer beschäftigt hat. Prof. Deeken zeigte in ungemein interessanter Weise auf Grund einwandfreien Aktenmaterials das Intrigen- spiel Napoleons, über das natürlich erst die zu erwartende Pu- blikation volles Licht verbreiten wird. Prof. Deeken zeigte dann, wie die territorialen Ansprüche Napoleons dauernd wechselten, wie er bald nach der Mainlinie strebte, wie er Oesterreich in seine Politik einzubeziehen suchte, wie er immer wieder nach dem Rhein strebte, nach Belgien und Luxemburg griff, um durch Erfolge seiner Außenpolitik seine Dynastie zu stützen. Sogar der Plan einer Abkürzung sollte Napoleon als Mittel dienen, die preußische Militärmacht niederzuhalten, allerdings sollte diese Abkürzung erst dann verwirklicht werden, nachdem Oesterreich wieder waffenfähig und Frankreich schlagbereit war. Es ist natürlich nicht möglich, schon jetzt die ganze Linie der fran- zösischen Politik, wie Prof. Deeken sie gestern zeichnete, auf- zeigen, weil der Wunsch des Redners uns vorläufig bindet. Aber es darf noch gesagt werden, daß auch die Politik des heutigen Frankreich dem (wie Deeken nannte) abgelebten Ziele dient, die deutsche Einheit zu zerstören, und die französische Trikolore am Rheinufer aufzupflanzen, ein Ziel, das heute, wie der Redner sagte, ganz besonders als ein Anarchismus wirkt, nachdem die deutschen Stämme ein halbes Jahrhundert hindurch den Wert der deutschen Reichseinheit kennen und schätzen ge- lernt haben. Von einem umfassenderen historischen Gesichtspunkt aus betrachtet, dürfte, so schloß Deeken, gesagt werden, daß die Bestrebungen der heutigen französischen Politiker frucht- los bleiben würden. Die Gewaltpolitik in Paris würden von der Entwicklung zermalmt werden und harren der Stunde des Gerichts.

## Strefemann über die Lage.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Reichs- tags, Abg. Dr. Strefemann, hat gestern dem Vertreter des „Manchester Guardian“ eine Unterredung gewährt, die wir nachstehend gleichzeitig mit dem englischen Blatt wiedergeben. Strefemann führte u. a. aus:

Die Aussichten des Ruhrkampfes lassen wohl schon heute erkennen, daß Frankreich nicht erwarten kann, aus seiner Ruhraktion wirtschaftliche Vorteile zu erringen. Weder politisch noch wirtschaftlich läßt sich das Ruhrgebiet für Frankreich aus- beuten. Die 40 Millionen Franzosen im heutigen Frankreich können auf die Dauer nicht 12 Millionen Deutsche im Rhein- land und im Ruhrgebiet politisch beherrschen und wirtschaft- lich versklaven wollen. Eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland ist bisher stets an dem mangelnden Willen Frankreichs gescheitert. Was die Regierung Cuno im Januar in Paris angeboten hat, reißt zusammen mit dem, was Deutsch- land bis jetzt an anrechnungsfähigen Leistungen an die Alliierten dargeboten hat, an die Ziffer heran, die von Angehörigen alliierter Nationen wiederholt als Höchstmaß deutscher Lei- stungsfähigkeit selbst bezeichnet worden sind.

Eine weitere Frage betrifft die Verständigung zwischen der deutschen und der französischen Industrie. In seiner Ham- burger Rede betonte der Reichskanzler Cuno, daß die deutsche Wirtschaft zu einer Kooperation mit anderen europäischen Indus- trien bereit sei. Dieses Wort war nicht etwa zufällig ge- sprochen. Ihm war vorangegangen eine offizielle Mitteilung der deutschen Regierung an den französischen Ministerpräsi- denten, die dasselbe Anerbieten enthält. Herr Poincaré ist aber auf diese Bereitschaft der deutschen Regierung nicht ein- gegangen, die französische Industrie hat die Hamburger Rede Cunos ohne Echo gelassen.

Die Stellungnahme der deutschen Regierung gegenüber diesen Verhältnissen ist klar. Sie hat das Volk an der Ruhr nicht zum Widerstand auffordern brauchen. Wer die Natur der Westfalen kennt, wußte, daß die Franzosen auf Granit beßen würden, wenn sie versuchten, mit Gewalt vorzugehen. Die Regierung Cuno hat es abgelehnt, angesichts der Verletzung der deutschen Hoheitsrechte mit Frankreich unter dem Druck der französischen Bajonette zu verhandeln. Für die Ausführung des Vertrags von Versailles steht Deutschland nicht Frank- reich, sondern der Gesamtheit der alliierten Mächte gegenüber, die durch die Unterschrift auch die Garantien für seine gerechte

Durchführung sind, um so mehr, als die Waffenstreckung Deutsch- lands nicht bedingungslos, sondern unter ganz bestimmter Vor- aussetzungen erfolgte. Es ist deshalb, wie ich im Namen aller bürgerlichen Parteien des Reichstages in einer Erklärung bei den Beratungen der Ruhrbesetzung ausführte, eine Pflicht der Nationen, die den Vertrag von Versailles geschaffen haben, die Initiative zu ergreifen, um für die Wiederherstellung des durch den Frieden verbürgten Zustandes zu sorgen, der durch die Aktion der Herren Millerand und Poincaré zerbrochen worden ist. In der Abwehr gegen diese Aktion sind sich alle deutschen Parteien einig und sie werden in dieser Einigkeit um so mehr verharren, je stärker die Brutalitäten werden, mit denen man von französischer Seite versucht, auf das deutsche Volk zu wirken.

## Beweise für den Rechtsbruch.

Berlin, 23. Febr. Die Reichsregierung hat den Regierungen aller Staaten, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, außer Frankreich und Belgien, eine Denkschrift über die Rechtsmüßigkeit der französisch-belgischen Sanktionsmaß- nahmen mitgeteilt. In der Denkschrift werden die durch das französisch-belgische Vorgehen aufgeworfenen grundsätzlichen Rechtsfragen einer genauen Prüfung unterworfen. Die in den verschiedenen deutschen Protestnoten bereits festgestellte Rechts- und Vertragswidrigkeit des Vorgehens wird an Hand der Be- stimmungen des Vertrags von Versailles, des Rheinlandab- kommens und der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im einzelnen nachgewiesen. Von besonderem Interesse ist dabei, daß sich die Denkschrift bei der Erörterung der von den Fran- zosen und Belgiern im Ruhrgebiet nach dem Einmarsch ge- troffenen Maßnahmen auf ein 1913 ersehnenes grundlegendes französisches Werk Robin „Des occupations militaires en dehors des occupations de guerre.“ (Paris 1913) stützen kann. Die Ausführungen dieses Werkes bedeuten die denkbar schärfste Verurteilung des Verhaltens der französischen und belgischen Okkupationsbehörden.

## Die Beschlagnahme der Zollverwaltung.

Berlin, 22. Febr. Der Reichsminister veröffentlicht fol- gende Kundgebung an die Angehörigen der Reichszollverwaltung in den besetzten und Einbruchgebieten: Die Interalliierte Rhein- landkommission hat soeben beschlossen, sämtliche deutschen Zoll- beamten in den besetzten und Einbruchgebieten ihres Amtes zu entsetzen und die Dienststellen der Reichszollverwaltung aufzuheben. Die Franzosen und Belgier wollen gegen Beamte, die ihre Ehrenpflicht gegenüber der deutschen Regierung er- füllen, mit den schärfsten Strafmitteln vorgehen. Sie versuchen, die Zollverwaltung im Westen des Reiches zu zerstören, und hoffen, auf diese Weise einen entscheidenden Schlag gegen die Wirtschaftseinheit des Deutschen Reiches führen zu können. Diese neue Gewalttat ist nichts anderes als das Eingeständnis, daß alle bisherigen Versuche, die Angehörigen der Zollver- waltung zum Bruch ihrer Eidespflicht zu verführen, fehlgeschlagen sind. Ich bin überzeugt, daß die Zollbeamten und Angestellten aller Dienstgrade gegenüber diesem neuen Gewaltakt mit der gleichen Festigkeit und Ausdauer im Widerstand beharren wer- den, die sie ebenso wie die übrigen Teile der Bevölkerung bis- her bewiesen haben. Den Zollbeamten, die im unbedingten Aus- harren auf ihren Posten den Bestand des Reiches und die deutsche Wirtschaft verteidigen, ist der bleibende Dank des deutschen Volkes gewiß, und sie können sicher sein, daß die Reichsfinanzverwaltung für sie u. ihre Angehörigen einstehen und ihnen alle Schädigungen voll ersetzen wird.

## Keine deutschen Zollbeamten mehr.

Essen, 23. Febr. Wie von französischer Seite mitgeteilt wird, hat die Besatzungsbehörde heute beschlossen, im ganzen Ruhrgebiet alle deutschen Zollbeamten durch französische zu ersetzen.

## Verbot der Steuerzahlung an Frankreich und Belgien.

Berlin, 22. Febr. Amtlich: Frankreich und Belgien ver- suchen im altbesetzten Gebiet wie in den Einbruchgebieten klaren Rechten zuwider, durch gewaltsame Zugriffe deutsche Steuer- einnahmen an sich zu reißen. Zu diesem Zweck besetzen sie die Kassen der deutschen Zollämter, entfernen die deutschen Beamten aus ihren Amtsräumen und fordern, Steuerzahlung. Die Kassen, die sich in fremder Gewalt befinden, sind nicht mehr Dienst- stellen des Reiches. Steuern können aber rechtswirksam nur an das Reich bezahlt werden, und es ist daher verboten, sie an Frankreich oder Belgien zu zahlen. Die Zahlung an Frankreich oder an Belgien befreit den Steuerpflichtigen von seiner Steuer- pflicht nicht. Wer nicht den Gewaltakt der Einbruchsmächte seiner vaterländischen und seiner Rechtspflicht entgegen unter- stützt, wer sich selbst vor doppelter Inanspruchnahme bewahren will, muß daher seine fälligen Zahlungen an die Kassen des Reiches leisten.

## Die Beschlagnahme von 13 Milliarden Mark.

Essen, 24. Febr. Auf der Station Hengstein bei Hagen be- schlagnahmten die Franzosen heute vormittag im Schnellzug Berlin- Köln einen Geldtransport der Reichsbank in Höhe von 12,8 Milliarden Papiermark, die für die heute fälligen Lohnzahlungen im Ruhrgebiet bestimmt waren. Außerdem sind den Franzosen mehrere Druckplatten in die Hände gefallen, mit denen deutsche Banknoten im Ruhrgebiet selbst hergestellt werden sollten. Es handelt sich um Gelder, die für das Gebiet des Kölner Brücken- kopfes zur Lohnzahlung für die dortigen Arbeiter bestimmt waren. Man erwartet daher, daß England als die besetzende Macht der Kölner Zone einen Schritt bei den französischen Behörden zur Herausgabe des Geldes tun wird. Die Klischees werden übrigens nicht zum Druck von Banknoten verwendet werden können, da hierzu das mit bestimmten Wasserzeichen versehene deutsche Bank- notenpapier erforderlich wäre.



Schreckenstage in Bochum.

Bochum, 24. Febr. Gestern abend 6 Uhr wurde von den Franzosen unter Anwendung von 10 Tanks und 2 Lastkraftwagen die Stadtverordnetenversammlung in Bochum aufgehoben.

Verstärkter Belagerungszustand in Bochum.

Essen, 23. Febr. In Bochum wurde ein französischer Posten durch die aufgeregte Bevölkerung scharf bedrängt. Schließlich konnte ihn die Schutzpolizei in Sicherheit bringen.

Befegung von Wanne.

Wanne, 24. Febr. Heute früh gegen 8 Uhr zogen französische Kavallerie und Infanterie und eine technische Eisenbahnabteilung mit einer Anzahl Tanks von Herne und Neckalinghausen kommend in die Stadt ein.

Wenn die Franzosen fahren!

Essen, 23. Febr. Am 18. Febr. stießen, wie erst jetzt bekannt, zwei von den Franzosen gefahrene Personenzüge im Bahnhof Dalhausen zusammen.

Die bisherigen Opfer.

Essen, 23. Febr. Nach amtlichen Feststellungen der deutschen Behörden sind von den Besatzungsbehörden im Einbruchgebiet 270 Personen verhaftet, 97 verhaftet und dann ausgewiesen, 395 sofort ausgewiesen worden.

Tausendfältig Unglück.

Roman von H. Hill.

55) Während dieser Zeit hatte der Sturm zugenommen, aber erst, als sie Plymouth passiert hatten und in die schmale Straße, welche in die Needles und die offene See ausläuft, gelang waren, wurde seine volle Stärke fühlbar.

dem ihres Dienstes enthoben. Neun Personen wurden erschossen, darunter ein Kind, dreizehn verletzt, darunter ebenfalls ein Kind.

Wie sie schwindeln.

Zu den Mitteln, mit denen die offizielle französische Behörde bearbeitet, gehören u. a. auch die Meldungen über angeblichen Zubrang deutscher Arbeitsloser zu den Werbestellen der Besatzungsbehörde.

Die Verbindungsbeamten der Rheinarmee.

Es wird uns geschrieben: Höchst auffallend ist es, daß bei der heutigen gespannten Lage und bei dem Benehmen von Franzosen und Belgiern gegen die wehrlose deutsche Bevölkerung und bei dem Vorgehen gegen deutsches Eigentum sich jetzt immer noch im unbefestigten Gebiet (50 Km.-Zone) sogenannte Verbindungsbeamte der Rheinarmee (politische und Handels-Spionage schlüssler Art) in Karlsruhe, Frankfurt a. M. und anderen Städten befinden sollen.

Du hast schon gegeben? Gabt Du genug?

Frankreich raubt und mordet immer noch! Hilf den Bedrängten!

Der Landbote nimmt Gaben entgegen in seiner Geschäftsstelle und auf Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 6903.

Unsere Sammlung ergab bis jetzt 1166763 Mark.

Für das Ruhrgebiet sind weiter eingegangen von:

Gebührer Jagmaier M. 20 000, Gemeindevorstand Sinsheim 36 074, Gut Wetter Sinsheim 8. Rate 5700, W. Sinsheim 3000.

Ausübung einer dienstlichen Tätigkeit durch diese Offiziere in der sog. 50-Km.-Zone findet im Friedensvertrag von Versailles durchaus keine Stütze.

Der Schiffsherr spricht einmal ein wahres Wort, sagte er traurig, aber wenn Sie es wünschen, so bin ich bereit, der Besatzung des Nachtschatten die Wahl zwischen Ertrinken und Erschießen zu lassen.

Herzog warf einen Blick auf die Wogen, die die Shinglesbank umbrauften. Es wird eine gefährliche Operation sein, erwiderte er.

Und nichts zu bewerkstelligen... Ja, lassen Sie uns nach Plymouth zurückfahren! flehte sie, denn sie sah ein, daß es unmöglich war, Totland durch diese sturmgepeitschte Flut zu erreichen.

Sie waren an der gefährlichen Shinglesbank festgefahren — anderthalb Meilen vom Lande entfernt, in einer See, durch welche nichts als ein Rettungsboot befördert werden konnte.

Herzogs Hand umspannte Janets Arm und schleppte sie nach rückwärts. Wir wollen versuchen, den hinteren Radastrich zu erreichen! schrie er ihr ins Ohr.

Das Getränk! rief er als Erklärung. Welcher fragte mich um Erlaubnis, von der Brücke herunterzukommen und es zu holen.

in das besetzte Gebiet verlegt werden, da nach dem Vertrag von Versailles nur Mitglieder der Nollekommission eine dienstliche Tätigkeit im unbefestigten Gebiet ausüben dürfen.

Eine italienische Abgabe.

Rom, 23. Febr. Einige Tage lang hatte der Schriftleiter des Messagero von Paris aus mit Hochdruck Stimmung für eine italienisch-französische wirtschaftliche Verbindung gemacht, die darauf abzielte, an der französischen Eisen- und Kohlenproduktion teilzunehmen und dafür eine große Anzahl italienischer Arbeiter nach der Ruhr zu entsenden.

Luxemburgs Wirtschaftskrise, eine Folge der Ruhrbesetzung.

Luxemburg, 23. Febr. In der gestrigen Sitzung der Kammer wurde die Regierung befragt, warum Deutschland die Erlaubnis zur Kohlenausfuhr aus den Schwelmer Gruben bei Aachen zurückgezogen habe.

Völkerbund und Ruhrgebiet.

London, 23. Febr. Robert Cecil hat als Vorsitzender des Vollzugsausschusses der Völkerbundsvereinigung jene Mitteilung über die Politik der Vereinigung mit Bezug auf die Lage im Ruhrgebiet veröffentlicht lassen, in der es heißt: In Anerkennung der Tatsache, daß die gewalttätige Besetzung der deutschen Gebiete durch die französischen Heere eine extreme und unmittlere Gefahr für den Frieden Europas und die wirtschaftliche Wohlfahrt zahlreicher Länder darstelle.

34. Kapitel.

Herzog hatte ein sicheres Urteil gezeigt, da er den Radastrich als letzte Zuflucht vor den Wogen erwählte. Als der Dampfer aufhob, war er zum Teil über eine vorstehende Spitze der Shinglesbank gegliedert und dort festgefahren.

Der Lärm des Windes und der Wellen machte ein Gespräch unmöglich, aber es gelang Herzog, teilweise durch Worte und teilweise durch Gesten Janet verständlich zu machen, daß ihre einzige Hoffnung das Rettungsboot war.

Die Besatzung erklimmte das Takelwerk des Fockmastes, ausgenommen Belcher und der irische Maat, die augenscheinlich in einem heftigen Streite begriffen, auf der Brücke blieben.

Da er sich von O'Brien verlassen sah, kam Belcher ebenfalls auf das Verdeck herab, schleppte sein verunrubertes Bein über die Brückenleiter und klammerte sich an deren Fuß, während er Herzog fragend anblickte.

Das Getränk! rief er als Erklärung. Welcher fragte mich um Erlaubnis, von der Brücke herunterzukommen und es zu holen.



**„Deutschland hat beträchtliche Reparationszahlungen geleistet“**  
 London, 23. Febr. Schatzkanzler Baldwin erwiderte gestern im Unterhause auf eine Anfrage des liberalen Parlamentsmitgliedes Lambert, er habe keinerlei Mitteilung der deutschen Regierung erhalten, in der diese ihre Bereitschaft ausdrückte, die Reparationen in dem von dem Premierminister auf der Pariser Konferenz vorgeschlagenen Umfange zu bezahlen. Deutschland habe beträchtliche Reparationszahlungen geleistet; die Frage, um die es sich gehandelt habe, sei die, ob Deutschland fähig sei, in der Erfüllung seiner Verpflichtungen fortzufahren. Im letzten November habe Deutschland um ein Moratorium ersucht.

**Die Halbheit des Völkerbundes.**

London, 22. Febr. Lord Robert Cecil sagte in einer Rede in Cambridge, es bestehe die ernste Gefahr, daß der Völkerbund zu einer Gruppe von Staaten werde, anstatt das Organ aller zu sein. Er glaube, daß die Lösung der Ruhrfrage schließlich vom Völkerbund übernommen werden müsse. Es bestehe aber die große Gefahr, die Möglichkeit einer Lösung zu vernachlässigen, wenn man nicht den rechten Augenblick für eine Vermittlung abwarte.

**Die lange Dauer des deutschen Widerstandes.**

Paris, 24. Febr. Allen offiziellen Versuchen zum Trotz kann festgestellt werden, daß Frankreich mit wachsender Ungeduld nach einer Entspannungsmöglichkeit ausschaut. Während in Regierungskreisen eine Art von entschlossener Resignation zur Schau getragen wird, herrscht in parlamentarischen und sonstigen politischen Kreisen starke Nervosität, die mehr und mehr das sonst politisch nicht interessierte große Publikum erfährt. Die lange Dauer des deutschen Widerstandes, für dessen Ende keine genauen Prognostikationen gemacht werden können, wird vielfach als Beweis betrachtet, daß Deutschland oder wenigstens die deutsche Industrie seit langem auf die eventuelle Behebung des Ruhrgebietes gefaßt war und Vorbereitungen für diesen Fall getroffen hatte. Aus der hier herrschenden Nervosität darf aber nicht gefolgert werden, daß die öffentliche Meinung Frankreichs den Rückzug aus dem Ruhrgebiet oder den Sturz des Ministeriums fordert. Selbst Kreise, die offen die französisch-belgische Aktion ohne Mitwirkung Englands als einen Fehler bezeichnen, machen in erster Linie Deutschland für die Krise verantwortlich, und erklärten es für unerlässlich, daß Frankreich durchhalte, bis Deutschland annehmbare Vorschläge vorlege. Am Quai d'Orsay war bis heute keine genaue Auskunft darüber zu erlangen, unter welchen Bedingungen Frankreich und Belgien bereit wären, ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen.

**25 Gläubiger, die sich dem Einberufungsbesehl widersetzen.**  
 Frankfurt a. M., 24. Febr. Wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, sind in Ottersdorf bei Rastatt 25 junge Gläubiger eingetroffen, die dem französischen Einberufungsbesehl zum Militär nicht Folge leisten wollten.

**Nehmt die Vertriebenen auf!**

Berlin, 22. Febr. Das deutsche Rote Kreuz verbreitet folgende Rundgebung: Nehmt die Vertriebenen auf! Weil sie dem Vaterlande und seinen Gesetzen die Treue hielten, werden an Ruhr und Rhein deutsche Männer und ihre Familien aus Heimat und Wohnung vertrieben. Nehmt ihnen die Sorgen um ein schützendes Dach! Schnelle freiwillige Hilfe tut not. Erbeten werden in Stadt und Land möblierte Unterkünfte für einzelne Personen und für Familien, sowie leere Zimmer mit Kochgelegenheit. Erwünscht sind ferner Angebote auf Herstellung von Wohnungen durch Umbau, für den die vollen Kosten nach vorheriger Genehmigung durch das Rote Kreuz übernommen werden. Helft unentgeltlich oder, wenn erforderlich, gegen Mietzahlung. Sendet alle Angebote an das Deutsche Rote Kreuz, Abteilung 11.

**Die Torpedierung der „Lusitania“ gerechtfertigt.**

Berlin, 22. Febr. Die im Mai 1915 erfolgte Torpedierung der „Lusitania“ durch ein deutsches U-Boot ist bekanntlich eines der wichtigsten Agitationsmittel gewesen, mit dem die Stimmung in Amerika gegen Deutschland aufgeheizt und schließlich trotz aller deutschen Gegenbemühungen die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten herbeigeführt wurde. Es ist daher von der allergrößten Wichtigkeit, daß, wie der „D. A. Z.“ von ihrem amerikanischen Berichterstatter gemeldet wird, das New Yorker Appellationsgericht im Januar in einer gerichtlichen Entscheidung festgestellt hat, daß die Versenkung der „Lusitania“, die ein Hilfskreuzer der britischen Marine war, und zur Zeit der Torpedierung, am 7. Mai 1915, Kriegsmaterial und Munition von Amerika nach England führte nicht als ein seetäuberliches Verbrechen, sondern als eine regelrechte Kriegshandlung anzusehen ist. Die Feststellung dieser Tatsache ist in diesen Tagen, wo Deutschland seinen letzten Entscheidungskampf zu kämpfen hat, von der allergrößten politischen Bedeutung.

**Stimmungen in Amerika.**

London, 24. Febr. Dem Daily Telegraph wird aus New York berichtet: Aus vielen Reden, die zur Feier des Geburtstages Washingtons gehalten wurden, geht hervor, daß das amerikanische Volk sich immer mehr der Ansicht zuwendet, die Regierung der Vereinigten Staaten müsse etwas tun, um den Anstrengungen in Europa abzuhelfen. Man tadelt allgemein Frankreich, weil es Europa durch die Ruhrbesetzung in eine unsichere Lage gebracht habe und erklärt, daß diese Lage die Frage wieder aufleben lassen wird, wie Amerika zu einer Veruhigung Europas beitragen könne. Das Ergebnis ist, daß die Popularität Frankreichs in händlichem Maße begriffen ist und daß man eine englisch-amerikanische Zusammenarbeit mehr als jemals ins Auge faßt.

Meldungen dieser Art wird man in Deutschland mit der nötigen Zurückhaltung aufnehmen. Man braucht keinen Zweifel daran zu setzen, daß tatsächlich in weiten Kreisen des amerikanischen Publikums Stimmungen vorherrschen, die wie sie hier übrigens von englischer Seite, geschildert werden; die auch drüben bekannt werdenden Tatsachen machen eben eine solche Stimmung durchaus wahrscheinlich. Aber von solchen Stimmungen des Publikums bis zu ersten Handlungen der Regierung ist eben doch, wie sich bisher immer wieder zeigte, ein weiter Schritt.

**Die Stimme des Schweizer Volkes.**

Mit einer Vierfünftel-Majorität hat das Schweizer Volk das vom Bundesrat mit Frankreich getroffene Abkommen über die Befreiung der Schweizer Zollreservate in Savoyen abgelehnt. Die Ablehnung ist um so bemerkenswerter, als die Bundesversammlung das Abkommen befürwortet hatte. Es handelt sich um zollpolitische Sonderrechte, die die Schweiz in

den an Genf angrenzenden französischen Zonen seit 1815 bezogen an der Stadt Genf die zollfreie Zufuhr von Lebensmitteln aus den angrenzenden ländlichen Bezirken sicherte.

In anderen Zeiten wäre einem Abkommen, wie es der Bundesrat mit der französischen Regierung geschlossen hat, kaum ein ernstlicher Widerstand im Schweizer Volk begegnet. Die zollpolitische Sonderbehandlung hatte ihre Bedeutung schon längst verloren, da sich bei der Bervollkommnung aller Verkehrsmittel die Versorgung der Stadt Genf reibungslos auch auf anderem Wege, als dem der Zufuhr aus dem französischen Grenzlande hätte vollziehen lassen. Zudem sah der Vertrag mit Frankreich noch eine zehnjährige Karenzzeit vor. Wenn seine Ablehnung trotzdem mit überwältigender Mehrheit erfolgte, so kann man zweifellos hierin den Ausdruck der Befürchtung um die Selbstständigkeit der Schweiz erblicken. Die Aufgabe des der Schweiz verbrieften Rechtes wurde nicht als Frage von wirtschaftlicher, sondern als solche von grundsätzlicher Bedeutung angesehen. Mit wachsender Befürchtung verfolgt man in vielen Kreisen in der Schweiz die Nachgiebigkeit und den Machtzuwachs des französischen Imperialismus, auf dessen Betreiben die Frage der Zollfreiheit der Savoyen Zone aufgerollt worden ist, obgleich sie auch für Frankreich nicht die geringste Bedeutung hat. Mit großer Befürchtung hat man in der Schweiz das Gleichgewicht der Völker in Europa schwanken sehen und hütet sich nun ängstlich, das kleinste Recht aufzugeben, um das Gefühl von Rechten und Verträgen, auf dem die schweizerische Unabhängigkeit aufgebaut ist, nicht zu lockern und eines Tages von einem brutalen Nachbarn umstürzen zu lassen.

**Monroedoktrin für den europäischen Osten.**

Paris, 21. Febr. Die Pariser Abendblätter veröffentlichen den Wortlaut der Note, die Tschischewin an Litauen und Polen gerichtet hat. Am Quai d'Orsay wurde heute abend die Auffassung laut, daß die friedliche Beilegung des polnisch-litauischen Konfliktes durch diese Note erschwert werde. Man sieht in der Note eine ausgesprochene Ermüdung der Litauer und vor allem einen neuen Versuch Sowjetrußlands, die Einmischung der Westmächte in die europäischen Angelegenheiten zu verhindern. Man spricht in amtlichen französischen Kreisen von einer Art von Monroedoktrin, auf Grund deren Rußland den Anspruch erhebt, daß die Angelegenheiten der Randstaaten ausschließlich von diesen selbst unter eventueller Mitwirkung

**Hunderte von notleidenden Hungernden und Frierenden warten täglich auf eine weitere Gabe. Gib eilig deine Spende für die**

**Notgemeinschaft!**

Der Landbote nimmt Gaben entgegen in seiner Geschäftsstelle und auf Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 6903.

Unsere Sammlung ergab bis jetzt 17 500 Mark.

Für die Notgemeinschaft sind weiter eingegangen von: B. Sinsheim 3000 M.

der Moskauer Regierung zu regeln sind. Der Temps äußert im Gegensatz zu der Auffassung des Quai d'Orsay Befriedigung über die russische Note, wobei er offenbar die Anschauung der französischen Kreise wiedergibt, die eine Annäherung zwischen Paris und Moskau erstreben. Das Blatt stellt mit Genugtuung fest, daß Rußland die Erhaltung des Friedens in Osteuropa wünsche und meint, die Moskauer Regierung wisse genau, daß Deutschland nach Befreiung von den verfallenen Verpflichtungen bald auf irgend eine Art die Eroberung Rußlands erstreben würde. Der Temps schließt seinen Artikel mit den Worten: Die Konferenz von Lausanne, wo die Interessen Frankreichs und Rußlands nicht unvereinbar waren, ist eine verpasste Gelegenheit gewesen. Wir hoffen für das Wohl der beiden Länder, daß die litauische Angelegenheit nicht einen künstlichen, absurden und schädlichen Streitfall zwischen ihnen verursachen wird. Wenn Rußland den Frieden haben will, so will ihn Frankreich auch. Der Friede auf dem europäischen Kontinent wird erst am dem Tage gesichert sein, an dem Frankreich und Rußland wieder anfangen können, sich zu verstehen.

**Die Kohlenversorgung gesichert.**

Berlin, 24. Febr. Gegenüber französischen Meldungen, daß die Kohlenversorgung der deutschen Industrie außerhalb des besetzten Gebietes noch auf 4-6 Wochen gesichert sei, erfahren wir vom Reichskohlenkommissar, daß die Kohlenversorgung natürlich mit Hilfe starker Einschränkungen und Einfuhren usw. von der Gefahr eines Erlahmens nicht bedroht ist. Nicht nur werden Kohlenzufuhren aus den verschiedensten Gebieten des Auslandes herbeigeführt — so meldet die Times die Absendung von 4000 Tonnen aus Sidafrika! — sondern auch im unbesetzten Gebiet wird in allen kohlenfördernden Betrieben in weitestem Maße Produktionserhöhung durch natürlich kostspielige Ueberarbeit betrieben. Dazu kommt, daß in den Beständen schon vor der drohenden Besetzung sehr gespart worden ist und das ist nicht wenig. Schließlich sind natürlich eine Reihe von Vorkehrungen getroffen worden, die durch eine planmäßigere Verteilung und verschärfte Zwangsbevirtschaftung der Kohlenbestände auf weitestgehende Ersparnis hinwirken und endlich kommt die gewaltige Verteuerung hinzu, die nicht nur irgend welchen Versuchen des Hamsterns, sondern auch dem regulären Verbrauch im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Ende des Winters entgegenwirkt. Es ist also zusammenfassend zu sagen, daß die Kohlenversorgung zwar erschwert, verteuert und mengenmäßig stark eingeschränkt, aber an irgend einem absehbaren Termin vom dem Zusammenbruch überhaupt nicht bedroht sei.

**Die Stützung der Mark.**

Die Aktion der Reichsbank, durch die der Dollarkurs von 40-50 000 Mark auf weniger als 20 000 Mark herabgedrückt wurde, hat in Deutschland keineswegs ungeteilte Zustimmung gefunden. Die Kritik ging natürlich in erster Linie von jenen Interessenten aus, die sich durch die Markbesserung geschädigt sehen: von den Devisen- und Effektenbesitzern, die ihre Werte mit Verlust oder ohne den erhofften Gewinn loszuschlagen mußten,

von den Kaufleuten, an die das Ansinnen gestellt wurde, ihre Waren im Einklang mit dem Rückgang der fremden Valuten und der Erhöhung der internationalen Kaufkraft der Mark billiger zu verkaufen. Aber auch manche Wirtschaftspolitiker äußerten Bedenken. Sie fanden, daß man die Aktion, die man ja früher als erste Etappe eines Programms reparationspolitischer wirtschaftspolitischer und finanzieller Gesamtplanung in Aussicht genommen hatte, in einer im höchsten Maße kritischen und gefährlichen Situation wie der gegenwärtigen, der inneren Berechtigung und der inneren Sicherung entbehre. Sie äußerten die Befürchtung, daß diese Wertsteigerung der Mark allzu künstlich sei, um lange aufrechterhalten werden zu können, und daß die Kosten, die für die Aktion von der Regierung, von der Reichsbank und schließlich unfreiwillig auch von der Privatwirtschaft aufgemendet werden mußten, sich als nutzlose Kraftvergeudung erweisen würden.

Solche Kritik können und müssen logischerweise diejenigen an der Stützungaktion der Reichsbank üben, die die künftige politische Entwicklung eindeutig pessimistisch beurteilen und den Abwehrkampf gegen den französischen Angriff in jeder Hinsicht für aussichtslos halten. Aber diese Meinung vertreten, soviel man sehen kann, in Deutschland nur wenige. Die meisten von uns glauben, ohne sich ausschweifenden Siegeshoffnungen hinzugeben, an die unbedingte Notwendigkeit der Abwehr und an die Möglichkeit, aus ihr bei der schließlichen Regelung greifbaren und bedeutamen politischen Vorteils zu ziehen. Wer aber von der Notwendigkeit des Abwehrkampfes überzeugt ist, muß alle innerwirtschaftlichen Maßnahmen dieser Tage vom Standpunkte der wirtschaftlichen und moralischen Verteilung prüfen, der sie dienen sollen. Tut er das nicht, so geht er von einer falschen Einstellung aus und gerät in Widerspruch zu dem von ihm selbst anerkannten Zielsetzungen des Augenblicks.

Die Stützungaktion der Reichsbank ist nur als Maßnahme des wirtschaftlichen Abwehrkampfes zu verstehen und zu rechtfertigen. Auf die Ruhrinvasion folgte — an sich durchaus natürlich — eine außergewöhnlich rapide valutarische Entwertung der Mark. Sie führte zu einem ebenso sprunghaften Emporschnellen der Preise und der Lebenshaltungskosten im besetzten und im unbesetzten Deutschland. Ohne künstliche Beeinflussung der Devisenmärkte hätte dieser Prozeß sich hemmungslos fortgesetzt und keine Höchstpreispolitik und keine Zwangsbewirtschaftung hätte ihm Einhalt tun können. Diese jähre Steuerung erwies sich aber schon in den allerersten Wochen als schwerste Gefahr für die feilsche Widerstandskraft der Masse der Bevölkerung. Trotz aller tariflichen Erhöhungen konnten die Löhne mit den Preisen nicht entfernt Schritt halten und der Reallohn der Arbeiter wurde von Tag zu Tag kleiner. An diese Tatsache knüpfte auch die kommunistische Agitation im Ruhrgebiet vor allem — und nicht ganz ohne Erfolg — an. Ließ sich diese Entwicklung nicht hemmen, so war ein Stimmungswandel der Arbeiterschaft, waren sehr ernste soziale Auseinandersetzungen und Unruhen zu erwarten, die die Einheitsfront der Verteidigung erschüttern und schwächen mußten.

Die innere Feuerung konnte, wie die Dinge liegen, nur von der Valutaseite her, nur durch eine Einwirkung auf den Markkurs bekämpft werden. Natürlich wäre diese Einwirkung nutzlos gewesen, wenn man bloß die Möglichkeit besessen hätte, sie während einer sehr kurzen Zeit durchzuführen und durchzuführen. Aus diesem Grunde hat anscheinend auch die Reichsbank geögert, ehe sie sich unter dem Drucke der Regierung die wohl ihrerseits wieder von den Gewerkschaften gedrängt wurde, zu der Aktion entschloß. Offiziös wird jetzt erklärt, daß die Reichsbank über die Mittel verfüge, um den Markkurs noch monatelang auf seiner gegenwärtigen Höhe zu halten. Diese Versicherung läßt sich natürlich nicht nachprüfen; aber es scheint festzustehen, daß die Reichsbank für die Stützung der Mark bisher — dank einer sehr geschickten und sehr rücksichtslosen Taktik — nur verhältnismäßig bescheidene Mittel in Devisen einzusetzen brauchte und daß sie aus dem von ihr erzwungenen Angebot des Marktes recht erhebliche Bestände fremder Zahlungsmittel erwerben konnte. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß nicht etwa die ganze Devisenreserve zur Regulierung des Marktkurses zur Verfügung steht. Ein ziemlich beträchtlicher Teil muß für den Vorratshandel wichtiger ausländischer Bedarfsgüter — Kohle, Getreide, Eisen — verwendet werden, deren gesteigerte Einfuhr aus laufenden Exporterlösen kaum bezahlt werden könnte. Auch das gehört zum wirtschaftlichen Abwehrkampf.

Ob die Aktion der Reichsbank ihren Zweck erfüllt, wird erst das Ende dieses Kampfes erweisen. In jedem Kriege wird der Erfolg der einzelnen Kriegshandlung erst durch das Kriegsergebnis legitimiert. Ist dies Ergebnis günstig, so war kein Opfer vergeblich, das gebracht wurde, um das Aussharen im Kampfe sicherzustellen.

**Baden.**

**Wucherabteilungen bei den Polizeidirektionen.**

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, sind nunmehr bei allen Polizeidirektionen (Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg) Wucherabteilungen gebildet worden. Diese Wucherabteilungen haben die Aufgabe, die örtlichen Wucherabwehrmaßnahmen in Verbindung mit den Preisprüfungsstellen und der Staatsanwaltschaft einheitlich zusammenzufassen und durchzuführen. Zu diesem Zweck wird durch die Wucherabteilungen in erster Linie eine verschärfte Ueberwachung aller Märkte ihres Tätigkeitsbereichs organisiert, gleichzeitig werden systematisch namentlich die für die Lebensmittelversorgung in Betracht kommenden Geschäfte kontrolliert. Für diese Kontrolltätigkeit stehen den Wucherabteilungen erfahrene und in besonderen Ausbildungskursen auch kaufmännisch vorgebildete Polizeibeamte zur Verfügung. Um einen engeren Kontakt mit der Bevölkerung herzustellen, deren energische Mitwirkung bei der Wucherbekämpfung unerlässlich ist, haben die Wucherabteilungen Sprechstunden eingerichtet. Die Maßnahmen dieser Wucherabteilungen werden, wie bereits mitgeteilt, seitens des Landespolizeiamts durch besondere Wucherstreifen ergänzt, die vor allem den Viehhandel zu überwachen haben. Solche Viehwucherstreifen sind auf der Saar und im Seekreis bereits in Tätigkeit.

**Aus Nah und Fern.**

△ Sinsheim, 25. Febr. (Preis senkung.) Auf Einladung des Amtsvorstandes fanden sich am Samstag im Bezirksamt die Vertreter des Einzelhandels in der Stadt Sinsheim ein, um zu der Preispassung an dem gesunkenen Dollar in den verschiedenen Geschäftsbetrieben Stellung zu nehmen. Der Amtsvorstand nahm insbesondere Bezug auf den Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 17. ds. Mts. und verlangte, daß eine Preisenkung in allen Betrieben, auch in den Landorten, durchgeführt werden müsse. Er wies ferner auf die auffällige Tatsache hin, daß z. B. in Heidelberg gewisse Gemberbetriebe billiger arbeiten als in Sinsheim, jedoch die Bevölkerung, zum Schaden des ansässigen Handwerks, dazu kommt, auswärts arbeiten zu lassen. Die Ver-



treter des Einzelhandels sagten zu, daß sie sofort eine Mitglieder- versammlung einberufen werden, die Richtpreise für alle Geschäfts- zweige aufstellen solle. Diese Richtpreise sollen auch allen Geschäfts- inhabern in den übrigen Gemeinden des Bezirks mit dem Himmel mitgeteilt werden, daß diejenigen, die sich nicht an sie halten, aus dem Verein ausgeschlossen werden. Die Vertreter des Lebens- mittelhandels erklärten sich weiter bereit, dem ihnen gestellten An- finnen entsprechend den Ausweg der Preise in den Geschäften für die wichtigsten Artikel des täglichen Bedarfs zu veranlassen. Der Amtsvorstand hat gleichzeitig den Vorsitzenden des hiesigen Ge- werbevereins ersucht, in der heutigen Versammlung im Sinne dieser Besprechung auf das Handwerk einzuwirken. Das Bezirks- amt wird durch Sachverständige die Preisgestaltung im Bezirk eingehend kontrollieren lassen und jeden Fall von ungerechtfertigter Preisfestsetzung unmissverständlich verfolgen. An die Bevölkerung wird die Bitte gerichtet, die Behörden in ihrem Bestreben, eine Preis- senkung herbeizuführen, zu unterstützen, und ihr Fälle un- begründeter Forderungen zur Kenntnis zu bringen. Verfügt die Bevölkerung hierin, so macht sie sich mitverantwortlich an einem Mißlingen dieser Bemühungen.

\* Sinsheim, 26. Febr. (Briefmarken für die Ruhr- hilfe.) Auch die Reichspostverwaltung ist bestrebt, dem deutschen Volkswort für die besetzten Gebiete zu einem möglichst großen Erfolg zu verhelfen. Sie hat in diesen Tagen Freimarken ausgegeben, bei deren Verkauf außer dem eigentlichen Wert der Marke noch ein weiterer Betrag erhoben wird, der an die Ruhrspende abgeführt wird. Der Ausdruck lautet bei den Wert- zeichen zu 5 Mark: 100 Mark, bei den Wertzeichen zu 25 Mark: 500 Mark und bei den Wertzeichen zu 20 Mark: 1000 Mark. Die Marken werden sicher einen hohen Sammelwert haben.

\* Sinsheim, 26. Febr. (Der Höchstbetrag im Post- schen Verkehr) wird vom 1. März ab von 500 000 auf 1 Million Mark und der Höchstbetrag für telegraphische Zahl- karten, Ueberweisungen, und Zahlungsaufweisungen von 100 000 auf 200 000 Mark erhöht.

\* Sinsheim, 26. Febr. (Von neuen Eisenbahn- tarifen.) Die Bahnsteigkarten, die bisher 40 Mark gekostet haben, werden ab 1. März wieder teurer. Sie kosten von diesem Zeitpunkt an 80 Mark das Stück. Die Fahrradkarten, für die bisher 160 Mark erlegt werden mußten, kommen künftig auf 320 Mark zu stehen. Die Einheitszüge im Personenzugverkehr betragen ab 1. März pro Kilometer in 1. Klasse 96, in 2. Klasse 48, in 3. Klasse 24 und in 4. Klasse 16 Mark.

\* Sinsheim, 25. Febr. (Ein warmer März.) Im neuen Heft der „Umschau“, Wochenschrift über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik, sagt der Vorstand der Wetter- und Sonnen- warte in St. Blasien im Schwarzwald, Dr. Baur, einen warmen März voraus.

\* Sinsheim, 25. Febr. (Ausweise in der Pfalz bei sich führen!) Trotz der wiederholten Ermahnungen, in der Pfalz stets einen Ausweis bei sich zu führen, werden immer noch von den Franzosen Leute ohne Ausweis betroffen, die sich dann vor dem französischen Militärpolizeigericht in Landau zu verantworten haben. So wurde jetzt der Montageschlosser Heinrich Steinmez wegen Nicht-

besitzens eines vorstrafmässigen Ausweises zu 4000 Mk. Geld- strafe oder 30 Tagen Gefängnis, der Kellner Adolf Wagner zu 2000 Mk. Geldstrafe und der Schauspieler Emil Weiß zu 3500 Mk. Geldstrafe oder drei Tagen Gefängnis verurteilt.

(Waibstadt, 26. Febr. (Holzerlös.) Die hiesige Ge- meinde erklärte aus ihrer Stangenversteigerung ca. 5 Millionen Mark und aus der Versteigerung von 17 Pappeln ca. 1,5 Mil- lionen Mark.

n Metesheim, 23. Febr. (Bürgerausschuß.) Die neun Punkte der Tagesordnung wurden alle genehmigt. Der Beitrag der Jungbürger wurde infolge der großen Geldentwertung, der er- höhten Ansprüche an die Feuermehrkasse und im Hinblick auf das sehr niedere Eintrittsgeld und Einkaufsgeld in das Bürgerrecht von 50 auf 1000 Mk. erhöht für eine Person von 300 auf 10 000 Mk., für zwei Personen von 500 auf 15 000 Mk., für jede weitere Person von 300 auf 15 000 Mk. mehr. Der Gemeindezuschlag zur Hundesteuer wurde um 200 Mk. mehr erhöht, als der gemeinderätliche Beschluß vorsah. Statt 300 Mk. beträgt er jetzt 1000 Mk. Die Zuschläge zur Luftbarkeitssteuer wurden der Geldentwertung ange- paßt; sie betragen für öffentliche Tanzbelustigungen 1000 Prozent, für Vereinsabende mit Tanz die Höhe der Steuerordnung, jedoch mindestens 1500 Mark, bei Wiederholung im selben Jahre 3000 Mark usw. Die Umlage wurde um 100 Prozent erhöht. Sie be- trägt endgültig für das Rechnungsjahr 1922/23 aus 100 Mark Steuerwert für Gebäude- und Betriebskapital 60 Mk., für einzeln geschätzte Grundstücke 90 Mk und 120 Mk. für klassifizierte Grund- stücke, das sind die 240fachen Friedensbeträge, denen aber immer noch 1000—2000 fach Gemeindeausgaben gegenüberstehen. Der erst vor einem Monat aufgestellte bezw. genehmigte Voranschlag ist um 2 500 000 Mk. überschritten, denen nur eine Mehreinnahme von 170 000 Mk. gegenübersteht. Der ungedeckte Aufwand beträgt mithin rund 2 330 000 Mk. Die Rückzahlung von 37 000 Mark Staatszuschuß für zwei Stiehlhäuser wird beschloffen, den beiden Mietern das Vorkaufsrecht eingeräumt, aber noch zurückgestellt.

\* Wiesloch, 25. Febr. (Einbruchs-Diebstahl.) In der vergangenen Nacht wurde in das Uhren- und Goldwarengeschäft von Aug. Penning hier eingebrochen. Der oder die Täter, die offenbar über das Lager und den Wert der Waren gut unterrichtet waren, haben zahlreiche sehr wertvolle Gegenstände gestohlen. Der Schaden beträgt weit über 1 Million Mark. Nach den Tätern wird eifrig gefahndet.

b Heidelberg, 24. Febr. (Wegen Wuchers) wurde eine Althändlerin bei der Polizei angezeigt, die ein Paar Damenschuhe für 9000 Mk. gekauft und die gleichen Schuhe 5 Minuten später zum Preise von 35 000 Mk. anbot.

t Philippsburg, 24. Febr. (Einen üblen Ausgang) nahm ein Fußballspiel, das der Pfälzer Fußballverein 1911 am letzten Sonntag in Philippsburg austrug. Als nach Been- digung des Spiels eine der Mannschaften in den Gasthof „Zum grünen Winkel“, wo die Mannschaften sich umzukleiden pflegen, zurückkehrte, fanden sie den Saal verschlossen. Das Dienstmädchen ließ in entgegenkommender Weise die Spieler durch ihr Zimmer, das einen Zugang nach dem Saale hat. Das Mädchen konnte sich dabei nicht weiter um die Leute kümmern, da eine große An- zahl von Gästen der Bedienung warteten. Sie Gelegenheit benutzten einige Spieler, um das ganze Haus zu durchsuchen. Sie entwendeten dabei aus der Wohnung des Gastwirts Gegenstände im Wert von

über neun Millionen Mark. Weiter stahlen sie aus dem Zimmer des Mädchens einen Betrag von 10 000 Mk.; bisher konnten bereits sechs Personen verhaftet werden, die an dem Diebstahl be- teiligt sind.

b Nadoltszell, 22. Febr. (Ein außerordentlich starker Verkehr) herrscht z. Zt. auf dem hiesigen Güterbahnhof und auf dem Güterbahnhof in Singen. Zahlreiche Kohlenwagen mit dem Schweizer Kreuz bezeichnet durchlaufen, von Oberschlesien oder von der Ruhr kommend die beiden Bahnhöfe. Auch Wagen mit Papierholz aus der Tschechoslowakei und Wagen aus Holland sind nicht selten.

t Gbrwilt b. Waldshut, 21. Febr. (Grabschändungen.) Einen Akt unerhörter Grabschänderei begingen hier in der ver- gangenen Nacht zwei junge Burden im Alter von 16—17 Jahren. Sie stahlen nämlich auf dem Friedhof von 64 Gräbern die aus Blei gegossenen Christusfiguren, schlugen sie zusammen und ver- kauften sie als Altmaterial. Die Empörung über diesen Vorfall unter der Bevölkerung ist begreiflicherweise sehr groß. Die Uebel- täter befinden sich bereits hinter Schloß und Riegel.

t Frankfurt, 21. Febr. (Der beleidigende Schnee- ball.) Bei dem Schneefall hatten die Schüler in Wiesbaden unterrichtsfrei zum Rodeln. Eine Schülerin des Gymnasiums und ein Gymnasiast vergnügten sich damit, ein die Rodelbahn passierendes Auto mit einem Schneeball zu bewerfen, ohne zu ahnen, daß in dem Auto ein französischer Offizier saß. Der faßte das harmlose Vergnügen als „Attentat“ auf und stellte die Personalien der beiden Verbrecher fest. Vor dem französischen Gericht wurde das Mädchen, da es noch nicht mündig ist, freigesprochen, der Junge, von dem natürlich das gleiche gilt, bekam, weil er die Hände in den Hosentaschen behalten hatte, als der Offizier mit ihm sprach, 10 000 Mk. Geldstrafe.

t Berlin, 26. Febr. (Für 120 Millionen Mark) Wirkwaren und Kunststoffe wurden in dem Geschäft Erber und Löwinthal gestohlen.

Der Dollar sinkt, die Zeitungen werden teurer! Warum? Die Zeitungen sind aus Papier. Papier wird aber aus Holz ge- macht, und zwar mit Kohle. Aber weder Holz noch Kohle sind durch die Marksteigerung billiger geworden, das Holz hat sogar eine neuerliche, ganz wahnsinnige Erhöhung erfahren. Schon am 15. Februar ist der Papierpreis deshalb ganz bedeutend gegen die erste Hälfte Februar hinausgesetzt worden und am 1. März ist aber- mals eine ganz ungeheuerliche weitere Verteuerung zu erwarten. Auch alle anderen Betriebsstoffe, wie Öle, Druckfarben usw. sind in dem für die Preisfeststellung maßgebenden Zeitraum noch weiter gestiegen. Die Berliner Zeitungen haben deshalb u. a. folgende Bezugspreise für März angemeldet: Berliner Tageblatt 8000 Mk., Börsenzeitung und Börsen-Courier je 7500 Mk., Deutsche Allgemeine Zeitung 6800 Mk., Deutsche Tageszeitung, Kreuz-Zeitung und Ber- liner Lokalanzeiger je 6000 Mk., Vorwärts und Zeit je 5000 Mk., das Hamburger Fremdenblatt wird 8000 Mk. kosten. Ob es bei diesen Preisen für März bleiben kann, erscheint überdies nach sehr fraglich, da neue Lohnsteigerungen zwischenzeitlich erfolgt sind. Die Einzelverkaufspreise der Zeitungen gegenwärtig in Berlin beispiels- weise meist 100 Mk., für die Berliner Morgenpost 150 Mk. pro Nummer.

### Ämtliche Bekanntmachungen.

Nr. 10. Die Pferdeerde unter dem Pferdebestand des Heinrich Hartmann in Waldbangeloch ist erloschen. Sinsheim, den 20. Februar 1923. Bad. Bezirksamt.

### Bekanntmachung.

Lichtbildvortrag über die Ruhrbesetzung betr. Die Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabtg. Baden, ver- anstaltet am Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Löwenjale einen Lichtbildvortrag über die Ruhrbesetzung, wozu die hiesige Einwohnerschaft zu zahlreichem Besuche eingeladen wird. Eintritt frei!

Sinsheim, den 20. Februar 1923. Bürgermeisteramt. Sidler. Göb.

### Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Steinsfurt versteigert am Freitag, den 2. März ds. Js., vormittags 9 1/2 Uhr beginnend im Gemeinde- wald öffentlich gegen Barzahlung



- 61 Eichen
1 Ahorn
1 Kirschbaum
7 Forlen
6 Fichten

mit zusammen 41,25 Festmtr. Zusammenkunft am Bahnhof. Steinsfurt, den 22. Februar 1923. Der Gemeinderat: Braun.

### Achtung!

Hochsaison für alt Eisen, Lumpen.

Zahle die höchsten Preise am Montag im „Löwen“. Metall wird zu den höchsten Tagespreisen aufgekauft. Alles staunt. Kein Lumpenkönig!

Grill, Sinsheim.

### Küten Sie sich

vor Nieren- und Blasenleiden. Jeder Einsichtige trinkt regelmäßig „Tee Phasoo“ zur dauernden Gesunder- haltung d. lebenswichtigen Organe. Zu hab. bei: A. Engel, Engel-Drog.

### Gut

zu verwalten, pachten oder kaufen gesucht von tüchtigem, verheir. Landwirt. Zuschriften unter Nr. 168 an den Landboten erbeten.

### Prächtiges Haar

erzeugt Dr. Bülleb's Birkenwasser. Zu hab. bei: A. Engel, Engel-Drog.



vernichtet verblüffend Goldnipp doppelstark, geruchlos, in Apotheken u. Drogerien

### Dankagung.

Für die wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden und Begräbnis unserer unvergesslichen Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante

### Katharina Brenner geb. Kreß

insbesondere für die zahlreiche Leichenbegleitung sagen wir tiefgefühlten Dank. Besonderen Dank Herrn Warrer Bredt für die Trostesworte, dem verehrlichen Gesang- verein für den Grabgesang und den geehrten Pflegerinnen Fräulein Frank und Funk für die liebevolle Pflege.

Sttlingen, den 26. Februar 1923. Wilhelm Brenner, z. Mühle Familie Brenner, z. Mühle Beckel, Baden-Baden Flx, Heidelberg.

Frachtbriefe empfiehlt die Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei.

So lange die Welt steht, haben Sie diese Preise nicht erzielt.

### Achtung!

Ihr Hausfrauen und Bürger der Stadt Sinsheim und Umgebung

# Der Alteisen-König

kommt zum erstenmal nach Sinsheim und kauft am Montag, den 26. und Dienstag, den 27. Februar im Gasthaus zum Löwen

Table with 2 columns: Item and Price. Items include Lumpen aller Art, Eisen, Papiere, Kupfer, Messing, Blei und Zink, Zinn. Prices range from 150 to 8000 Mk.

darum eilt, lauft und bringt zusammen was Ihr zu Hauße habt. Der weltbekannte Alteisenkönig zahlt die höchsten Preise, darum lauft und scheut nicht die Konkurrenz. Streng reelle Bedienung.

Jedes Kind erhält ein schönes Geschenk gratis vom Alteisenkönig aus Stuttgart.

### Martin Herter, Stuttgart

So lange die Welt steht, haben Sie diese Preise nicht erzielt. Sinsheim, den 26. Februar 1923.



HAMBURG-AMERIKA LINIE advertisement with text: HAMBURG-AMERIKA LINIE, NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA, AFRIKA, OSTASIEN USW. Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer. Etwa wöchentliche Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK. Auskünfte und Druckachen durch HAMBURG-AMERIKA LINIE. Sinsheim: Hermann Betsch, Hauptstr. 804. Telefon 127.